



**Rubrik: Impressionen**

**Ausgabe 9 - 2018**

**„Heimat, sehen wir dich je wieder?“**

**Unser Leser Klaus Plorin aus Rückersdorf in Deutschland hat uns seine Ergänzung zum in Nr. 8/2018 des „Königsberger Express“ veröffentlichten Artikel über die Deportation der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet Ende der 1940er Jahre zugesandt.**

Zum Artikel „Heimat, sehen wir dich je wieder?“ in KE Nr.8/2018 möchte ich eine, wie ich meine, notwendige und wichtige Ergänzung geben:

Wie in vielen Berichten über die Ausweisung der Deutschen aus dem Kaliningrader Gebiet von 1947 an wird auch in dem vom „Königsberger Express“ gedruckten Artikel eine Tatsache leider nicht erwähnt, die doch interessant ist: Nämlich dass schon vor der Ausweisung ab Herbst 1947 ein paar Wochen lang im Frühjahr 1947 eine freiwillige Auswanderung für einen Teil der Deutschen möglich war. Kommunisten in der Sowjetischen Zone Deutschlands (SBZ) hatten Stalin gebeten, ihre im Kaliningrader Gebiet lebenden Angehörigen zu ihnen ausreisen zu lassen, damit sie als Genossen die sozialistische Gesellschaft mit aufbauen könnten.

Stalin gab die Genehmigung dafür. Auch die Kaliningrader Verantwortlichen sahen darin zugleich eine gute Gelegenheit, für sie unbrauchbare Deutsche, also arbeitslose Frauen, Kinder und Alte auf diese Weise loszuwerden. Sie erweiterten deshalb den Kreis der Auswanderer auf solche, die in keinem Arbeitsverhältnis waren, Verwandte in der SBZ nennen und einen Antrag mit 32 Fragen (deutsch und russisch) beantworten und einreichen konnten. Wie viele das waren, ist mir nicht bekannt, es müssen wohl Tausende gewesen sein.

Da reichte auch unsere Mutter, die privat als Zahntechnikerin und Dentistin arbeitete, für sich und uns zwei Kinder (9 und 4 Jahre alt) im April 1947 ihren Antrag mit der Adresse eines Schwagers in Thüringen ein. Es folgte ein wochenlanges, gespanntes Warten, denn nicht alle Anträge wurden genehmigt. Endlich durfte sie den Propusk im Gebäude der früheren Mädchengewerbeschule in der Beethovenstraße abholen und wartete in einer langen Schlange.

Einem 14-jährigen Jungen, der vor ihr dran war, verweigerte die russische Beamtin den Propusk, weil dessen Mutter gestorben war. Er und seine beiden jüngeren Geschwister müssten deshalb nun in ein Waisenhaus. Als der Junge weinend sagte, die Oma warte aber doch schon in Berlin auf sie, fragte meine Mutter die Beamtin, ob sie irgendwie helfen könne. „Ja, wenn es Ihre Kinder werden“, antwortete diese ermunternd. Als meine Mutter dem spontan zustimmte, schrieb die Beamtin aus Mitleid, aber sicherlich gegen die Vorschrift, sofort die Namen der drei Kinder in den Propusk meiner Mutter und wünschte ihr und „ihren fünf Kindern“ eine gute Reise.

Am 4. Juni begann auf dem Güterbahnhof, zusammen mit etwa vierzig Frauen, Kindern und alten Leuten, unsere Auswanderung. Nach strengen Kontrollen in Preußisch Eylau wurde unsere Gruppe in einem Güterwaggon über die Grenze in den nun polnischen Bereich abgeschoben. Von da an kümmerte sich niemand mehr um unsere Weiterfahrt, die uns dann in einem leeren Güterzug mühsam fünf Tage lang bis Berlin gelang.

Dass ich zusammen mit meiner Frau seit 1991 meine Geburtsstadt regelmäßig besuchen kann, und wir dort schon bald russische Freunde gefunden haben, erlebe ich als große Freude in meinem Alter.

Klaus Plorin, Rückersdorf

KE-Redaktion: Den Artikel aus KE Nr. 8/2018, auf den sich Klaus Plorin beruft, können Sie hier nachstehend lesen:

„Heimat, sehen wir dich nie wieder?“

Heute vor 70 Jahren ging die Deportation der deutschen Bevölkerung Ostpreußens zu Ende. Die Zeitung „Komsomolskaja Prawda“ berichtet:

Nach Kriegsende gab es auf dem Territorium des heutigen Kaliningrader Gebietes noch ca. 120.000 deutsche Zivilisten. Allerdings befanden sich viele von ihnen zum Zeitpunkt, als nicht mehr gekämpft wurde, fern von ihren heimatlichen Wohnorten.

Aus Angst vor einer möglichen Panik hatten die Nazibonzen eine Evakuierung der Zivilbevölkerung bis zum letzten Moment verboten. Sie schafften es jedoch, sich selbst, als es ganz brenzlich wurde, durch eine Flucht nach Zentraldeutschland in Sicherheit zu bringen. Für die einfachen Menschen blieb meist nur die Flucht zusammen mit den zurückweichenden deutschen Truppen als einziger Ausweg. Wer von Frauen, Kindern und Greisen das Glück hatte, das blutige Kriegsgemetzel zu überleben, für den ging die Flucht dort zu Ende, wo sich die letzten Truppenteile der Wehrmacht ergaben und in Gefangenschaft gingen.

Die Soldaten kamen also in Kriegsgefangenenlagern und die Zivilisten kehrten in ihre Wohnorte zurück. Ihnen ging es jedoch dort in vielen Fällen nicht besser als den Kriegsgefangenen. Nicht selten fanden sie statt ihres trauten Heims eine Ruine vor, oder das Haus war besetzt und sie, dessen Eigentümer, mussten in einem Keller oder einer Scheune hausen.

Schwerste Arbeit für eine kümmerliche Brotration, harte Lebensbedingungen, keine ärztliche Versorgung und dazu noch ein ungewöhnlich frostiger Winter – alles zusammen führte dazu, dass im Herbst 1945 in Königsberg bereits keine Hunde oder Katzen mehr zu fangen waren. Pferdekadaver galten zu der Zeit als Delikatesse. Im Winter wurden unter der verbliebenen deutschen Bevölkerung die ersten Fälle von Menschenfresserei festgestellt.

In den ersten Nachkriegsjahren hatten es fast alle Menschen äußerst schwer. Die ersten sowjetischen Neusiedler wurden im Frühjahr 1947 auch von Hungersnot geplagt. Der erste sowjetische Leiter des Gebietes, Pjotr Iwanow, beging am 18. Juni 1947 aus der Verzweiflung, dass er die Versorgungslage nicht verbessern konnte, Selbstmord. Erst nach diesem tragischen Vorfall sah sich die Sowjetunion genötigt, Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage und Normalisierung des Lebens in diesem neuen Gebiet der Sowjetunion zu treffen. Unklar blieb jedoch, was sie mit den Deutschen, die den Hunger, die Not und das Elend im Gebiet überlebt hatten, letztendlich machen sollte? Der praktische Alltag hatte alle Anzeichen davon, dass diese ehemaligen Angehörigen des Dritten Reiches mit der Zeit zu Bürgern der Sowjetunion werden sollten. Davon zeugten beispielsweise die Bemühungen örtlicher Selbstverwaltungen, die deutsche Bevölkerung in das politische und soziale Leben des neuen sowjetischen Gebietes einzubeziehen. Seit dem 26. Juni 1947 begann man im Gebiet die deutschsprachige Zeitung „Neue Zeit“ herauszugeben – ein Printmedium, das sich damals von der übrigen Sowjetpresse außer Sprache in nichts unterschied. Am begehrtesten war in diesem Presseorgan die Rubrik mit den Arbeitsangeboten. Die Zeitung war für einige Deutsche, die das Glück hatten, in der Redaktion oder in der Druckerei eine feste Anstellung zu erhalten, ein Mittel zum Überleben in jener schweren Zeit. Es ist sogar anzunehmen, dass jene Deutschen, die für die Zeitung einen Artikel oder eine Reportage geschrieben hatten, dafür ein Honorar ausbezahlt bekamen.

In einer im September 1947 stattgefundenen Versammlung von Komsomol-Aktivisten ging es unter anderem darum, wie man die Deutschen am besten ins Sowjetleben integrieren könnte. Einer der Redner schlug den Aktivisten vor, Deutsch als „die Sprache von Goethe und Schiller“ zu lernen – um den Kontakt zum „deutschen Kontingent“ leichter herstellen zu können.

Doch nur einen Monat später wendete sich das Blatt. Statt die Deutschen zu integrieren wurde beschlossen, sie nach Deutschland, in die sowjetische Besatzungszone, „abzuschieben“. Der Ministerrat der UdSSR fasste am 11. Oktober 1947 den Beschluss, den ersten Transport nach Deutschland – 30.000 Menschen – vorzubereiten. Erstrangig sollten sogenannte „Regimezonen“ - die Küstengebiete und die Flottenbasis Baltisk - „entdeutsch“ werden.

Der erste Zug mit den Deportierten fuhr am 22. Oktober 1947 vom Hauptbahnhof ab. Diese machten aus der Freude, endlich „aus dieser Hölle“ ausgebrochen zu sein, kein Hehl. Die Zurückgebliebenen unternahmen alles Mögliche, um das Gebiet so bald wie möglich zu verlassen. Es gab aber auch solche, die trotz der Lebensmisere hier bleiben wollten. „Es ist doch unsere Heimat, lasst uns bitte hier leben“, baten sie die Behörden mit Tränen in den Augen.

Die Aussiedler durften nicht über 300 Kilogramm Gepäck pro Familie mitnehmen. Bei vielen erreichte ihre ganze Habe diese Marke nicht. Was man nicht mitnehmen konnte, verschenkte man an seine russischen Nachbarn oder an Bekannte, mit denen man sich angefreundet hatte.

Nachdem die erste Deportation erfolgreich abgeschlossen war, fasste man in Moskau am 15. Februar 1948 den Beschluss, weitere 62.000 Deutsche auszusiedeln. So viele Menschen in kurzer Zeit zu deportieren, war ein technisch und organisatorisch aufwendiges Unternehmen. Es wurde deshalb beschlossen, es in zwei Phasen - erst im März und April und dann im August und September 1948 – durchzuführen. Die Transporte wurden unter strengster Geheimhaltung vorbereitet, um unerwünschten Exzessen keine Chance zu geben: Die Deutschen sollten nicht ahnen, was sie in nächster Zukunft erwartete. So kam es, dass die Deutschen im östlichen Teil des Gebietes bis zur letzten Deportationsphase nicht wussten, dass Königsberg und Umgebung von ihren Volksgenossen bereits „gesäubert“ worden waren. Die Zeitung „Neue Zeit“ erschien trotz rasch zurückgehender Leserzahl bis zuletzt weiter - so als ob nichts Besonderes geschah. Am 13. Oktober 1948 erschien sie zum, letzten Mal – ohne ein einziges an ihre Leser gerichtetes Abschiedswort. Eine Ausgabe wie jede andere zuvor, mit einer zum Standard gewordenen Themenwahl.

Rein formell dauerte die Deportation der deutschen Bevölkerung bis 1952 an. Es handelte sich jedoch nach den drei 1947 und 1948 stattgefundenen Massentransporten um einige wenige Einzelfälle, die praktisch unbemerkt blieben.

Die Aussiedlung war ursprünglich als total und ausnahmslos gedacht. Trotzdem gelang es einigen Personen aus der einheimischen Bevölkerung in ihrer historischen Heimat zu bleiben. Da war beispielsweise ein Deutscher Kommunist oder als Fachmann unentbehrlich. Oder war jemand nach Litauen geflüchtet und kehrte ins Gebiet schon als „Litauer“ unter einem neuen Namen zurück. Oder es waren schon einige Ehen zwischen deutschen Frauen und russischen Männern geschlossen worden. Bei solchen Paaren sollte die Eheschließung, als die Deportation nahte, annulliert werden. Es kam aber vor, dass der Mann, ein Sowjetbürger, sich trotz allem Druck weigerte, sich von seiner „falschen“ Ehepartnerin loszusagen, und setzte seinen Willen durch. Die meisten der deutsch-russischen Ehepaare gingen aus einer solchen Bestandsprobe gefestigt hervor und lebten danach viele Jahre in Liebe und Eintracht miteinander.